

G. S. STIFTUNG VERWALTUNGS-GMBH

G. S. Stiftung Verwaltungs-GmbH
Max-Braun-Str. 2, 97828 Marktheidenfeld

Max-Braun-Straße 2
97828 Marktheidenfeld
Tel. 09391/504 357
Fax 09391/504 356

An die
Bürgerinnen und Bürger
der Gemeinde Hettstadt

2.8.2001

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wehret den Anfängen – was in Hettstadt geschah, darf nicht erneut aufflammen, so oder ähnlich lautete der Tenor einiger Anrufe, die wir von Einheimischen auf unseren Brief vom 29. Juli 2001 an Sie erhalten haben. Die Anrufer machten uns Mut, uns nicht beirren zu lassen und unser großzügiges Angebot aufrechtzuerhalten. Sie meinten, es sei eine Geste, die man nicht abschlagen sollte. Es sei jetzt auch endlich an der Zeit, daß sich die Gemeinde offiziell für das entschuldigt, was in Hettstadt in der Vergangenheit an Unrecht gegenüber Urchristen verschuldet wurde, nur weil die Kirche es verlangte. „Ihr habt doch niemandem etwas getan, ihr werdet nur so behandelt, weil ihr nicht katholisch oder evangelisch seid“, sagten sie. Die Anrufer brachten dabei die Ereignisse der vergangenen Jahre zur Sprache, die bis heute immer noch unentschuldigt im Raum stehen. Die Anrufer baten uns, doch noch einmal auf diese Vorgänge hinzuweisen, damit sich nicht das Gleiche oder Ähnliches wiederholt. Aus diesem Grund wollen wir Ihnen einige dieser Ereignisse in Erinnerung rufen:

Bereits 1988 ließ der damalige Bürgermeister Zorn das Hettstädter Klima durch die aggressiven Hetzreden des inzwischen verstorbenen Pfarrers Haack vergiften, eines der ersten sogenannten „Sektenbeauftragten“, die sich inzwischen zu professionellen Verleumdungsbeauftragten gemausert haben. Arm in Arm mit Bürgermeister Zorn versetzte der kirchliche Hetzredner in der Herzog-Hedan-Halle die Bevölkerung in Angst und Schrecken vor den Urchristen: Sie würden das Dorf in „regelrechte Kriegszustände versetzen“, „den Gemeinderat dominieren“ und sich „den ganzen Ort unterwerfen“ wollen. Der Pfarrer trommelte mit Billigung des Bürgermeisters so lange, bis Hettstädter Kirchgänger schließlich riefen: „Hängt sie auf!“, „An die Wand stellen müßte man sie alle miteinander ...!“ Diese ebenso unglaublichen wie gefährlichen Szenen hielten Bürgermeister Zorn nicht davon ab, die Diskriminierung weiter zu betreiben: In einem ausgewiesenen Baugebiet, in dem Menschen mit Hilfe ihrer Ersparnisse Grundstücke erworben hatten, um dort zu

bauen, wurde plötzlich die Erschließung abgebrochen, weil die Bauwilligen nicht das richtige Gebetbuch hatten. Notgedrungen mußten die Bauwilligen nach Jahren die für sie wertlos gewordenen Grundstücke der Gemeinde überlassen. Hierauf wurde die Erschließung des Baugebiets unverzüglich wieder aufgenommen, denn nunmehr wurde es von einem katholischen Wirtschaftsunternehmen genutzt.

Die unfaire Verfolgung der Urchristen durch Bürgermeister Zorn konnte schließlich nur mehr durch die Gerichte abgestellt werden, die ihm untersagten, mit seiner Verunglimpfung des Glaubens Andersdenkender fortzufahren. An seiner Stelle trat nun ein Verein zur Ausgrenzung und Verleumdung der Urchristen auf, der dem Bürgermeister die Arbeit abnahm und von diesem offensichtlich gebilligt wurde. Der Vorsitzende dieser verfassungsfeindlichen Organisation ist inzwischen verschwunden, während der intolerante Bürgermeister und Kolping-Funktionär Zorn zum Landrat aufstieg. Schließlich hatte er sich im Sinne seiner Kirche große Verdienste erworben.

Die Bürger Hettstadts stellten nach einiger Zeit fest, daß die monströsen Vorurteile gegen die Neubürger völlig unbegründet waren: Sie lebten und leben noch heute friedlich mit ihren Nachbarn zusammen. Alles, was Zorn, Haack und Jungen jahrelang als Schreckgespenster an die Wand malten, waren deren eigene Hirngespinnste, von denen nicht eines in Erfüllung ging.

Zum Frieden in einer Gemeinde gehört auch, daß sich diejenigen, die einen Teil ihrer Mitbürger verunglimpften, nicht darüber beklagen, wenn man ihnen den Spiegel vorhält und das, was sie tun, beim Namen nennt, sondern sich lieber endlich dafür entschuldigen. Dafür ist in erster Linie die Gemeindeverwaltung zuständig, die seinerzeit dafür verantwortlich war, daß gesetzestreue Mitbürger wie Aussätzige behandelt wurden. Nicht wenige der Anrufer waren der Meinung, daß es endlich an der Zeit sei, das jahrelange Unrecht wiedergutzumachen. Um so mehr sind sie entsetzt darüber, daß offenbar die intolerante Säuberungsideologie von einst jetzt wiederbelebt werden soll.

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Hettstadt! Wir hätten die Vergangenheit sehr gerne ruhen lassen; aber Ereignisse aus jüngster Zeit ließen befürchten, daß die alte Ideologie neuen Unfrieden stiftet. Um das zu verhindern, sahen wir uns gezwungen, noch einmal auf die Gefahren der Intoleranz hinzuweisen. Wir hoffen mit allen gutwilligen Bürgerinnen und Bürgern, daß sie endgültig der Vergangenheit angehört.

Mit freundlichem Gruß


Martin Hähnel


Andreas Hautzinger